

Initiative für bezahlbare Wohnungen in Chur Vorwärts trotz Verzögerungstaktik

Am 29. Januar 2026 hat eine knappe Mehrheit des Churer Gemeinderats entschieden, die Botschaft zur Initiative für bezahlbare Wohnungen an den Stadtrat zurückzuweisen. Das verhindert eine fristgerechte Abstimmung. Das Initiativkomitee verzichtet dennoch auf rechtliche Schritte gegen den Entscheid.

In der Gemeinderatssitzung vom Donnerstag, dem 29. Januar 2026, hat eine knappe Mehrheit des Churer Gemeinderats die Botschaft zur Initiative für bezahlbare Wohnungen an den Stadtrat zurückgewiesen. Dies im Wissen darum, dass damit verfassungsmässig garantierte Fristen zur Abstimmung nicht eingehalten werden können. Für das Initiativkomitee ist dieses Vorgehen staatsrechtlich sehr bedenklich und inhaltlich unnötig. Alle offenen Fragen zur Botschaft hätten in der Gemeinderatssitzung geklärt werden können. Auch hätte die Gegnerschaft der Initiative seit Veröffentlichung des Initiativtexts im März 2024 mehr als genug Zeit gehabt, sich über einen eigenen Gegenvorschlag Gedanken zu machen.

Verzicht auf rechtliche Schritte

Nach reiflicher Abwägung kommt das Initiativkomitee aber zum Schluss, auf rechtliche Schritte gegen den Rückweisungsentscheid zu verzichten. Dies aus mehreren Gründen: Einerseits könnte ein möglicherweise langwieriges Verfahren die Durchführung der Volksabstimmung weiter verzögern. Ein solcher Rechtsstreit würde zwar staatsrechtliche Fragen klären, aber nicht zur Lösung des Mangels an bezahlbaren Wohnungen beitragen. Die Churer Bevölkerung hat Besseres verdient. Deshalb setzen die Initiant:innen weiterhin auf den Dialog, um rasche und pragmatische Lösungen für Churs Wohnraumproblem zu finden.

Gesprächsbereitschaft

Das Initiativkomitee ist nach wie vor bereit, die Initiative zugunsten eines breit getragenen Gegenvorschlags zurückzuziehen – auch wenn die Initiative selbst problemlos umsetzbar ist, wie der Stadtrat in seiner [Botschaft](#) aufzeigt. Dem Komitee geht es um eine griffige und gut abgestützte Lösung für bezahlbare Wohnungen. Es ist darum weiterhin Gesprächsbereit und sucht aktiv den Austausch mit allen Fraktionen im Gemeinderat. Weitere Verzögerungstaktiken und unaufrichtige Versuche, mit einem verwässerten Gegenvorschlag einzig das Initiativanliegen zu schädigen, wären für das Initiativkomitee hingegen inakzeptabel.

Auskünfte für das Initiativkomitee:

Barbara Rimml, 079 203 17 72, b.rimml@gmx.ch